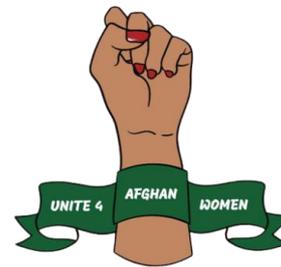


10.01.2023 | Pressemitteilung:

Global Movement for Peace in Afghanistan / Global Movement for Women's Rights in Afghanistan



Seit der Machtübernahme der Taliban in Kabul am 15. August 2021 hat sich die politische und wirtschaftliche Lage vor Ort verschärft. Vor allem die Frauen in Afghanistan leiden in vielerlei Hinsicht.

Während Frauen mit der Übergangsregierung ab 2001 allmählich ihren Weg in die afghanische Gesellschaft gefunden hatten, sind sie nun von grundlegenden Rechten wie Bildung, Beschäftigung und gleichberechtigter Teilnahme am gesellschaftspolitischen Leben ausgeschlossen. Sie sind die Leidtragenden des Taliban-Regimes.

Mit Erlassen wie dem Arbeitsverbot für Frauen in Nichtregierungsorganisationen und dem Ausschluss von Frauen von Universitäten zeigen die Taliban ihre Missachtung der Menschenrechte und insbesondere der Rechte der afghanischen Mädchen und Frauen, die einmal mehr in einem wichtigen Lebensbereich systematisch diskriminiert werden. Die Schließung des Frauenministeriums, der Schulen und die Anweisung an die Frauen, zu Hause zu bleiben, stehen sinnbildlich für die Haltung und Ideologie der Taliban gegenüber dem modernen Leben. Für die Frauen schrumpft der Raum der Freiheit, die Unsicherheit wächst, Hoffnungslosigkeit und Angst machen sich breit.

Friedliche Proteste wurden in den letzten Monaten von den Taliban mit aller Härte beantwortet. Demonstranten wurden entführt, in der Öffentlichkeit zusammengeschlagen und sogar mit dem Tod bedroht. Es ist offensichtlich, dass sich die Taliban entgegen ihren Versprechungen nicht geändert haben, insbesondere nicht in Bezug auf die Rechte der Frauen, und dass sie keine Anstrengungen unternommen haben, um die Errungenschaften des letzten Jahrzehnts in Bezug auf gleiche Rechte und gesellschaftliche Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen aufrechtzuerhalten.

Was mit den Frauen und Mädchen in Afghanistan geschieht, liegt in unserer globalen Verantwortung. Wir haben die Pflicht, ihren Stimmen weiterhin Gehör zu verschaffen, wenn sie sich gegen ihre Verbannung aus der Gesellschaft wehren - gegen die Geschlechterapartheid. Angesichts der systematischen Diskriminierung und der vorsätzlichen willkürlichen Verletzung ihrer Rechte durch die Taliban müssen wir und die internationale Gemeinschaft in Solidarität mit den Mädchen und Frauen in Afghanistan weiterhin für die gesellschaftlichen Werte der Gleichheit und Gerechtigkeit eintreten.

Auch die internationale Gemeinschaft, die mit ihrem überstürzten Abzug Afghanistan ins Chaos gestürzt und dem heutigen Taliban-Regime - insbesondere durch das Doha-Abkommen - Tür und Tor geöffnet hat, steht in der Pflicht, ihre Fehler aufzuarbeiten. Die afghanische Regierung sowie die Vertreter des afghanischen Volkes waren zu keinem Zeitpunkt in diese Verhandlungen über das Doha-Abkommen eingebunden. Es ist das afghanische Volk, das unter dem Abkommen gelitten hat. Auch die Vereinten Nationen haben ihren Teil zur Stärkung der Taliban beigetragen, indem sie das internationale Reiseverbot für die Gruppe aufhoben und ihr erlaubten, diplomatisch anerkannt zu werden und als organisierte und ausgerüstete Milizen wieder aufzutreten. Die Aufhebung des Reiseverbots wurde den Taliban im April 2019 gewährt, um die Aussöhnungsbemühungen mit der früheren afghanischen Regierung zu unterstützen. Die Taliban haben der internationalen Gemeinschaft bewiesen, dass man ihnen nicht trauen kann und dass sie sich nicht von ihrem früheren Regime unterscheiden.

Berichten von Nichtregierungsorganisationen zufolge erreicht die Medizinische- und Nahrungsmittelhilfe die leidende Bevölkerung nicht. Aus zahlreichen Berichten des amerikanischen Special Inspector General for the Reconstruction of Afghanistan (SIGAR) geht hervor, dass internationale Gelder zum großen Teil verschwendet, veruntreut oder aufgrund von Missmanagement schlichtweg verbrannt wurden und von den Taliban nach wie vor für ihre eigenen Zwecke missbraucht werden.

In dieser besonders kritischen Zeit ist es von besonderer Bedeutung, den Stimmen der Frauen Gehör zu verschaffen und ihnen mit Hilfe der afghanischen Diaspora in aller Welt und mit Hilfe internationaler Menschenrechtsorganisationen zur Seite zu stehen.

Wir, ein Bündnis aus Jugendlichen, Vereinen und lokalen Initiativen, rufen daher für den 14. Januar 2023 zu einer weltweiten Kundgebung in mehreren Ländern und Städten auf, um für die Rechte von Mädchen und Frauen in Afghanistan zu demonstrieren. Diese Kundgebungen sind Teil der Globalen Bewegung für den Frieden, die bereits im August 2021 international zahlreiche Kundgebungen organisiert hat.

Wir fordern die internationalen Akteure, insbesondere die Vereinigten Staaten und die Europäische Kommission, zu Folgendem auf:

1) Wir fordern die Aufhebung der Beschränkungen für Frauen und Mädchen und Sicherstellung, dass afghanische Frauen ihr Recht auf Bildung, Freizügigkeit, Arbeit, Selbstbestimmung und Sicherheit wahrnehmen können. Bildung ist ein Grundrecht für alle. Deshalb fordern wir die sofortige Öffnung von Sekundarschulen und Gymnasien für Mädchen und eine Umsetzung des Unterrichts nach dem Standardlehrplan. Darüber hinaus sollte Frauen ab sofort auch der Zugang zu den Universitäten gewährt werden.

2) Wir fordern, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die für die geschlechtsspezifische Verfolgung in Afghanistan verantwortlichen Personen in den entsprechenden internationalen und extraterritorialen Gerichtsbarkeiten zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen.

3) Wir fordern die Überwachung der humanitären Hilfe und die Sicherstellung, dass diese Hilfe tatsächlich die bedürftige Zivilgesellschaft erreicht.

4) Wir fordern, dass das diplomatische Hauptquartier der Taliban in Doha geschlossen wird, um gegen die anhaltenden Ungerechtigkeiten und die repressive Politik gegenüber Frauen sowie die Förderung der extremistischen Ideologie vorzugehen, die das Regime weiterhin aufrechterhält. Die Einrichtung dieses Büros im Jahr 2013 mit der Zustimmung einer globalen Institution und einer großen Weltmacht diente als Symbol der indirekten Anerkennung für die Taliban und ermöglichte es ihnen, ihre diplomatischen Beziehungen auszuweiten, während sie Einzelpersonen und Gemeinschaften grundlegende Menschenrechte verweigerten. Die Schließung dieses Büros ist notwendig, um diesen schädlichen Handlungen ein Ende zu setzen und die Rechte und die Würde aller Menschen zu schützen.

5) Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, die Taliban nicht anzuerkennen, da ihre Anerkennung andere fundamentalistische und radikale Gruppen ermutigen würde, die Demokratie und demokratische Regierungen in der ganzen Welt herauszufordern, was insbesondere Frauen und Mädchen gefährden. Wir fordern angesichts ihrer jüngsten Verstöße strenge Sanktionen, einschließlich eines Reiseverbots und der Verweigerung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, solange die Taliban Schulen und Universitäten nicht für alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, zugänglich machen.

Kontaktinformationen

Kontaktinformation des Initiators

Name: Nesam Halim

Telefon: +49 162 1725 444

E-Mail: GM4PiA@outlook.de

Kontaktinformation in München

Stadtbund Münchner Frauenverbände
Maryam Giyahchi

Telefon +49 176 32 69 52 02

E-Mail: maryamgiyahchi@web.de